

uniterre



SEPTEMBER 2020

№ 4 65. JAHR

JAB 2518 NOOS

[WWW.UNITERRE.CH](http://WWW.UNITERRE.CH)

MERCOSUR-SCHWEIZ  
UNTERSCHIEDLICHE EINSCHÄTZUNGEN

STOP-PALMÖL  
JETZT DRAN BLEIBEN

NICHT IN UNSEREM NAMEN  
ERFOLG IN BASEL

# DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

# GETRIEBENE

## EDITORIAL

ULRIKE MINKNER  
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Handel gibt es, seit es Menschen gibt: Kreditgeschäfte und erst später das Münzgeld begründen die heutige Schuldenwirtschaft. Der Mensch wurde zur Konsument\*in, später zu Schuldner\*in gemacht. Produziert wird rund um die Uhr, Waren werden um den ganzen Planeten transportiert und schlussendlich konsumiert. Wenn da Sand – oder ein Coronavirus – ins Getriebe kommt, ist der Teufel los. Ganze Branchen sind gefährdet oder gehen Pleite. Jetzt, nach 6 Monaten Lockdown, soll der Staat retten, was noch zu retten ist: Die Swiss, die gar keine Schweizer Airline mehr ist, Kurzarbeit für das Gewerbe und das Hoffen auf weitere Unterstützung. Viele Konzerne, wie Sulzer oder Schindler, haben aufgrund gesunkener Gewinne bereits Entlassungen angekündigt, andere verlegen ihre Produktion in Billiglohnländer. Schwer trifft es in der Schweiz die rund 200'000 Beschäftigten in prekären Arbeitssituationen wie Zeitarbeit und Arbeit auf Abruf, z.B. in der Gastronomie, Hotellerie und im Reinigungsgewerbe.

Die Weltenuhr tickt plötzlich anders. Nehmen wir das Auto oder den neuen Traktor als Beispiel. Würde der bisherige nicht noch locker weitere 10 Jahre seinen Dienst tun? Was, wenn alle den Kauf verschieben würden? Katastrophe! Es gingen blitzschnell viele Arbeitsplätze verloren. Anderes Beispiel: Die Schweizer Bevölkerung will nicht noch mehr Käse essen. Es wird mehr als genug produziert, zusätzlich kommt sehr viel Käse aus der EU in die Schweiz, also exportieren wir die Überschüsse. Ein Grund weshalb der Schweizer Bauernverband in der Regel am Schluss jedes Freihandelsabkommen durchwinkt, denn der Käse muss ja irgendwo „verbraucht“ werden. Entschuldigt die drastische Vereinfachung. Die eigentliche Frage, wie es zu dieser ungesunden Überproduktion in der Landwirtschaft kommt, darf nicht länger ein Tabu bleiben.

Auch die Schweizer Wirtschaft ist auf der Suche nach neuen Absatz- und Wachstumsmärkten z.B. in Indonesien und in den Mercosur<sup>1</sup>-Staaten gelandet: Bedienen, erobern, um die Überschüsse loszuwerden. Wie in Zeiten des Kolonialismus. Neue Erdteile wurden „entdeckt“, erobert, kolonialisiert und die Menschen vor Ort versklavt. Heute geht es vornehmer mithilfe von bilateralen oder multilateralen Freihandelsabkommen. Diese führen in den betroffenen Ländern weder zu mehr Wohlstand noch zu mehr Zufriedenheit, im Gegenteil. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) kommt in seinen Studien zum Schluss, die ökologischen und ökonomischen Agrarauswirkungen in der Schweiz<sup>2</sup> und in den Mercosur-Ländern seien gering. Das ist zu kurz gegriffen, denn die Schweiz ist Teil eines Systems, einer weltweiten Konkurrenzwirtschaft, angetrieben von einer ungesunden Wachstums spirale. Das macht uns zu Getriebenen dieses Systems und das hat sehr wohl grosse Auswirkungen auf die Menschen, auf die Umwelt und aufs Klima. Wir glauben nicht an Wirtschaftswunder, sondern daran, dass wir uns kritisch und entschlossen gegen weitere Freihandelsabkommen stellen müssen. •



## SOMMERBILDER

Ernte im Schächental, Kanton Uri

1. Mercosur Vollmitglieder: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay
2. Im Rahmen der EFTA: Norwegen, Island, Fürstentum Lichtenstein, Schweiz

# MERCOSUR - SCHWEIZ

## MERKWÜRDIGE PROGNOSE

RUDI BERLI  
GEMÜSEBAUER UND UNITERRE SEKRETÄR

Laut zweier Studien, die Agroscope und das World Trade Institute der UniBern im Auftrag von SECO und BLW Ende Juni vorgelegt haben, sind die Auswirkungen eines Freihandelsabkommens (FHA) zwischen der Schweiz und den Mercosur-Staaten auf die Umwelt und die Schweizer Landwirtschaft sehr gering. Trotz breitem Widerstand soll dieses FHA zwischen der Schweiz und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) im Jahr 2021 ratifiziert werden. Die Resultate der Untersuchungen zeigen, wie sehr die Fragestellung eine Studienarbeit beeinflusst und inwieweit sich unsere öffentlichen Forschungsanstalten von politischen Auftraggebern in die Pflicht nehmen lassen. Die gewählten Studienszenarien lassen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen aussen vor. Viele Fragen bleiben unbeantwortet. Wie hoch sind die Wachstumsgewinne des Finanzsektors, des Handels, der Industrie und der Dienstleistungen in der Modellrechnung, die den Agrarimporten gegenüber stehen? Wie sieht die Ökobilanz der heute schon bestehenden massiven Futtermittel- und Fleischimporte aus? Wie wird der Rechtsschutz der indigenen Bevölkerung und der Ökosysteme, die heute von den Regierungen der Mercosur-Ländern massiv geschwächt und angegriffen werden, miteinbezogen? Bei Handelskonflikten wird die Demokratie von Schiedsgerichten ausgehebelt und Schutzklauseln können, wenn überhaupt, nur temporär aktiviert werden. Welche Auswirkungen hat das auf Wirtschaft und Demokratie?

**FREIHANDEL GEFÄHRDET DEN KLIMASCHUTZ.** Die Wissenschaftler des Nationalen Wissenschafts- und Technikrats Argentiniens (CONICET, Januar 2020) schreiben, dass der geplante Freihandelsvertrag zwischen der EU und Mercosur den Klimaschutzzielen der EU widerspreche. Gemäss den Forschern steigere das Abkommen den Treibhausgasausstoss, um bis zu 30 Prozent. Wachsen würde zudem der Import von Sojabohnen und Fleisch in die EU, für deren Herstellung im Amazonas grosse Regenwaldflächen abgeholzt werden. Zwar enthalte das Abkommen, wie das EFTA-Abkommen, ein Nachhaltigkeitskapitel, doch dessen Vorschriften seien rechtlich nicht durchsetzbar.

Die Zugeständnisse in der Landwirtschaft dienen dabei als Druckmittel, um die Märkte für Exporte von Dienstleistungen und Industrieprodukten mit hohem Mehrwert zu öffnen. Jedes weitere Abkommen im Namen kurzfristiger Profitmaximierung bringt eine Verschärfung der globalen sozialen und ökologischen Krise, der Lebensraum der zukünftigen Generationen wird auf verantwortungslose Weise bedroht und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen zerstört. Die Schweiz exportiert heute Güter im Wert von etwa 3.6 Milliarden Franken pro Jahr. Bei den Importen machen Edelmetall, Edel- und Schmuckstein den weitaus grössten Anteil aus. Gemäss SECO ermöglicht das FHA Zolleinsparungen von etwa 180 Millionen Franken pro Jahr.

**DAS SONDERBARE NACHHALTIGKEITSVERSTÄNDNIS DES BUNDESRAATES.** In offiziellen Verlautbarungen ist die Rede von nachhaltiger Land- und Ernährungswirtschaft, von Klimaschutz und nachhaltiger Nutzung von Waldressourcen. Mercosur-Länder exportieren hauptsächlich Fleisch, Soja, Getreide und Zucker. Es handelt sich um industrielle Monokulturen, die zu Klimaschäden, Bodenerosion und Landnahme führen – dem genauen Gegenteil von Nachhaltigkeit. Diese Agrarpolitik heizt den Grossgrundbesitz an und geht auf Kosten der kleinstrukturierten vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft, die heute die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt und das Rückgrat von Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit darstellt.

**KONKRET GEWÄHRT DIE SCHWEIZ ERSTMALS** auch bilaterale Kontingente ausserhalb der WTO-Vertragsquoten, die zu den schon bestehenden Importen hinzukommen. Von rund 320'000 Tonnen Futtermittelimporten aus Übersee (22% vom Gesamtimport) kommen rund 150 000 Tonnen Sojabohnen und Sojakuchen allein aus Brasilien. Das entspricht ungefähr 50'000 ha Land, d.h. einem Fünftel der gesamten schweizerischen Ackerbaufläche. Dieses sogenannte nachhaltige Soja kommt oft aus sekundärer Nutzung der Flächen nach Rindern, Brandrodungen und gewaltsamen Vertreibungen indigener Völker. Das Sojanetzwerk, dem auch der Bauernverband angehört, verteidigt diese massiven Importe. Daneben sollen zu bestehenden Futterweizenimporten jetzt auch noch 6600 Tonnen Körnermais dazukommen. 3'000 Tonnen Rind-, 1'000 Tonnen Poulet- und 200 Tonnen Schweinefleisch sollen zu den bestehenden Importen hinzukommen. Die Schweiz importierte im Jahr 2018 etwas über 21'000 Tonnen Fleisch aus den Mercosur-Staaten. Mehr als ein Fünftel der im vergangenen Jahr für den menschlichen Verzehr in die Schweiz eingeführten Fleischprodukte kommt heute aus Brasilien. Die 3'700 Tonnen Rindfleisch kommen hauptsächlich aus Paraguay und Uruguay. Von den über 16'000 Tonnen Geflügelimporten, was 40% des gesamten Import ausmacht, kommen praktisch 100% aus Brasilien, dem weltweit zweitgrössten Produzenten von Hühnerfleisch.

**DIE PRODUKTIONSBEDINGUNGEN WIDERSPRECHEN UNSEREN VORSTELLUNGEN VON TIERSCHUTZ KOMPLETT.** Die Tierschutzstandards werden auch in der bodenunabhängigen Feedlot-Haltung und mit dem in der Schweiz verbotenen Einsatz von Hormonen und von Fütterungsantibiotika zur Mastförderung missachtet. Dies bedeutet im Klartext die Aushöhlung von schweizerischen Konsumentenschutzstandards. Es werden für 2'000 t Erdnuss- und Sojaöl Zollrabatte von 20% gewährt. Diese stehen in direkter Konkurrenz zum einheimischem Raps- oder Sonnenblumenöl. Betrachtet man die Importstatistik 2018 der Schweiz, sind die Mercosur-Staaten bereits ohne zusätzliche Zollrabatte für rund ein Drittel der Erdnussöl-Importe in die Schweiz verantwortlich. Beim Wein müsste das WTO Import-Kontingent dem sinkenden Konsum angepasst werden, das heisst es müsste um 60 Millionen Liter reduziert werden. Vorgesehen im Vertrag ist aber eine Erhöhung um weitere 3,5 Mio. Liter Obwohl in der Schweiz genügend Brotgetreide produziert wird und das Zollkontingent von 70'000 t schon sehr hoch ist, können mit dem Abkommen zusätzliche 1'500 t Brotweizen importiert werden.

**ZEITGEMÄSSE HANDELSBEZIEHUNGEN.** Dem FHA stehen partnerchaftliche Wirtschaftsbeziehungen und Verträge zum klar definierten gegenseitigen Vorteil gegenüber. Lokale Märkte und Kreisläufe, vielfältige, kleinstrukturierte, bedürfnisorientierte Wirtschaftsstrukturen sollen begünstigt werden. Ein demokratisches Ernährungssystem, Schutz des Zugangs zu öffentlichen Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, Kredit und Märkten, soll gefördert und gesichert werden. Verantwortungsvolle Handelspolitik soll Armut und Ungleichheit verringern, Menschenrechte und Demokratie stärken und das globale Klima und die lokale Ökologie schützen. Das Ziel ist eine ökologisch und sozial nachhaltige bäuerliche Produktion und ein demokratisches Ernährungssystem. Dafür steht Uniterre ein und ist bereit gegen dieses Freihandelsabkommen das Referendum zu ergreifen. •

#### QUELLEN:

[www.agroscope.admin.ch/agroscope/de/home/aktuell](http://www.agroscope.admin.ch/agroscope/de/home/aktuell)  
[www.db.zs-intern.de/uploads/1579162016-2020StudyMercosurGreens.pdf](http://www.db.zs-intern.de/uploads/1579162016-2020StudyMercosurGreens.pdf)

## A PROPOS: KAMPAGNE AGRARLOBBY STOPPEN !

RUDI BERLI  
GEMÜSEBAUER UND UNITERRE SEKRETÄR

Uns freut's natürlich, dass BirdLife, Greenpeace, Pro Natura und WWF Schweiz endlich die Notwendigkeit erkennen, von der Industrialisierung der Landwirtschaft wegzukommen. Das Agrobusiness sind aber nicht die Bäuerinnen und Bauern, sie sind nur Teil eines Ernährungssystems, das auf Konkurrenz beruht. Diese Politik der Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft und der regionalen Kreisläufe wird durch die Agrarpolitik vorangetrieben. Auch die aktuelle Neuaufgabe der Agrarpolitik (AP22+) sieht die weitere Zerstörung der vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft vor. Sie nimmt in Kauf, dass täglich zwei bis drei Betriebe aufgeben müssen und sechs Arbeitsplätze in der Landwirtschaft abgebaut werden.

**DIE ZERSCHLAGUNG.** Grossverteiler, Agrarhandel, Finanzwesen und Agroindustrie erzielen auf dem globalisierten Nahrungsmittelmarkt enorme Gewinne, durch Freihandelsabkommen gefördert und von einer Agrarpolitik begleitet, die nun die negativsten Auswirkungen abschwächen muss. Es sind die Ernährungsdemokratie, die Bevölkerung, die Konsument\*innen, die Bäuerinnen und Bauern und die Umwelt, die den Preis für dieses soziale und ökologische Dumping zahlen. Die öffentlichen politischen Institutionen ziehen sich aus der Marktregulierung zurück. Dieser deregulierte Markt gedeiht sowohl mit dem Modell der preiswertesten Lebensmittel, wie auch mit einer Nische von Bioprodukten. Und das Modell wendet überall die gleiche Logik an: Niedrigere Kosten, um Margen und Gewinne zu erhöhen.

**KAMPAGNE NUR EIN FEIGENBLATT ?** Warum unterstützen die Organisationen, die mit der Kampagne gegen das Agrobusiness mobilisieren, nicht den Kampf gegen die Einfuhr von Palmöl, Soja oder mit Hormonen aufgepumptem Industriefleisch. Zum Beispiel durch die Ablehnung von Freihandelsabkommen mit Indonesien oder dem Mercosur? Verpflichten sich die Organisationen, die gleichen ethischen Grundsätze auf Importe, von denen wir bereits in hohem Masse abhängig sind und die nicht unsere Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, anzuwenden? Wo bleibt die Kohärenz im Handeln und Denken dieser Organisationen?

**AGROBUSINESS VERHINDERN GEHT ANDERS.** Was wir brauchen, ist eine Nahrungsmittelpolitik, die einen raschen Übergang zu einem sozialen und ökologischen Ernährungssystem ermöglicht. Für diesen Übergang muss die öffentliche Politik die Regeln festlegen, um den Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln für alle zu fördern, indem sie eine gerechte Entlohnung von Bäuerinnen und Bauern und Landarbeiter\*innen sowie von handwerklichen Akteur\*innen in der Verarbeitung und Verteilung ermöglicht. Deshalb sind solche Kampagnen überflüssig. •

#### BEZUG:

Kampagne: [www.agrarlobby-stoppen.ch](http://www.agrarlobby-stoppen.ch)

# EIN ABKOMMEN ZU LASTEN VON UMWELT, KLIMA UND BAUERN

FRAGEN AN CHRISTOPH SCHERRER,  
PROF. DR. FÜR GLOBALISIERUNG UND POLITIK AN DER UNIVERSITÄT KASSEL

GESTELLT VON ULRIKE MINKNER  
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Ihr Input-Papier trägt den Titel „Das EU-Mercosur-Abkommen: Freihandel zu Lasten von Umwelt, Klima und Bauern.“ Fangen wir bei den Bauern und Bäuerinnen an. Mit welchen Auswirkungen des Abkommens müssen die Bauern und Bäuerinnen und ländlichen Gemeinschaften mit eher kleinen Strukturen in der EU und im Mercosur grundsätzlich rechnen? Warum sollten sie unter Druck kommen und nicht profitieren?

Der Export von Agrargütern wird sowohl in der EU als auch im Mercosur vornehmlich von der industriellen Landwirtschaft getätigt. Deren Wirtschaftsweise, die auf der maximalen Ausbeutung von Mensch und Natur basiert, wird kleinbäuerliche Betriebe in beiden Wirtschaftsräumen unter Druck setzen.

Preislich besonders konkurrenzfähig sind Exporteure des Mercosur im Bereich Soja, Reis, Zucker und vor allem Fleisch. Reis, Zucker und Rind-/Geflügelfleisch gelten in der EU als «sensible» Produkte und sind im Abkommen entsprechend weniger umfassend liberalisiert. Gleichwohl können auch verhältnismässig kleine Erhöhungen der Einfuhrmengen folgenreich sein. Dies gilt insbesondere für den EU-Rindfleischmarkt, da dieser aufgrund sinkender Nachfrage und steigendem Angebot - auch aufgrund der Liberalisierung der Milchwirtschaft - unter Preisdruck steht. Zudem verhandelt die EU auch mit anderen grösseren Rindfleisch-Exportländern weitere Liberalisierungen.

Umgekehrt wird in Brasilien die Milchwirtschaft unter Druck geraten, in Argentinien zusätzlich noch der Weinanbau, da er auf dem brasilianischen Markt in Konkurrenz zu den europäischen Weinen geraten wird.

Eine Ausnahme bilden diejenigen kleinbäuerlichen Betriebe in der EU, deren Produkte durch die „Geographischen Indikatoren“ geschützt sind. Der EU gelang es 350 Produkte, wie zum Beispiel Münchener Bier oder Parmaschinken, zu schützen.

Gibt es innerhalb der EU Unterschiede in dem Sinne, dass gewisse Länder, Regionen, mehr profitieren werden als andere? Wenn ja, warum?

Ein wesentlicher Faktor ist die Betriebsgrösse. Diese kann auch innerhalb eines Landes sehr unterschiedlich ausfallen. Beispielsweise sind die landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland deutlich grösser als in Südwestdeutschland. Im EU-Massstab haben die deutschen Rindfleischzüchter das geringste Haushaltseinkommen.

Ein weiterer Grund ist die Produktspezialisierung. Gibt es starke Überschneidungen mit den Exportprodukten aus dem Mercosur und sind die Produkte nicht durch „Geographische Indikatoren“ geschützt, dann wird der Konkurrenzdruck auf kleinere Betriebe hoch sein.

Das Thema Ethanolimporte für die europäische chemische Industrie ist ein Bestandteil Ihres Berichts. Warum stellt dieser Teil des Abkommens gerade in ländlichen Teilen Brasiliens und Argentinens für die indigene Bevölkerung ein Problem dar?

Ethanol wird vornehmlich aus Zuckerrohr und zunehmend auch aus Sojabohnen gewonnen. Das EU-Mercosur Abkommen sieht ein Import-Kontingent für Ethanol vor, das 13-mal so gross ist wie das derzeitige Importvolumen. Dies stellt einen zusätzlichen Anreiz dar, neue Nutzflächen an den Rändern des Amazonasgebietes durch Rodung zu gewinnen. Dadurch wird der Lebensraum der indigenen Bevölkerung weiter eingeschränkt.

Im Abkommen gibt es Nachhaltigkeitskapitel, das für die Einhaltung von Umwelt- und Arbeitsgesetzen entlang der Wertschöpfungskette garantieren soll. Von vielen werden diese Nachhaltigkeitskapitel gross gefeiert - warum bleiben Sie und andere Expert\*innen skeptisch?

Das Abkommen sieht keine Möglichkeiten vor, Handelsprivilegien aufgrund der Zerstörung von Natur zu entziehen. Auf den vermehrten Pestizideinsatz im Mercosur kann die

EU nur dann reagieren, wenn Rückstände von in der EU verbotenen Pestiziden in den Einfuhrwaren festgestellt werden. Zudem stimmte die EU zu, die Rückstandshöchstgrenze von Pestiziden von Fall zu Fall anzupassen, wenn das Ausfuhrland die sogenannte Einfuhrtoleranz beantragt. Solche Ausnahmeregelungen sind schwierig zu überwachen. Des Weiteren enthält das Abkommen die Vereinbarung, sanitäre und phytosanitäre Kontrollen bei der Einfuhr von Lebensmitteln zu vereinfachen und weniger oft durchzuführen. Da Brasilien aufgrund des Abkommens die Einfuhrzölle auf Pestiziden um 92% senkt, ist zudem mit einem noch stärkeren Einsatz von Pestiziden zu rechnen.

Wo sehen Sie die problematische Seite des Abkommens für das Klima im Allgemeinen?

Aufgrund des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs beim Transport ist vermehrter Handel über grosse Distanzen hinweg grundsätzlich klimaschädlich. Im Falle des EU-Mercosur Abkommens kommt zusätzlich noch die massive Erhöhung der Ethanoleinfuhren hinzu, die die weitere Entwaldung in Südamerika vorantreibt. Auch die erhöhten Kontingente für Rindfleischimporte vergrössern die Gefahr weiterer Entwaldung. Zudem ist Viehhaltung im grossen Massstab aufgrund des Methanausstosses fürs Klima schädlich.

In Ihrem Fazit ist folgende Aussage zu finden:

« EINE GLAUBWÜRDIGE KRITIK DER  
MARKTÖFFNUNG MUSS ZUGLEICH EINE KRITIK  
DER EU-FÖRDERUNG DER INDUSTRIELLEN  
LANDWIRTSCHAFT SEIN. »

Können Sie dies für unsere Leser\*innen etwas genauer erklären?

Einige Kritiker des EU-Mercosur Abkommens haben nur auf die Folgen für landwirtschaftliche Betriebe in der Europäischen Union verwiesen. Dabei haben sie übersehen, dass die EU ein Nettoexporteur von Agrarprodukten ist, sprich die EU setzt kleinbäuerliche Betriebe in anderen Ländern unter Druck, insbesondere in Afrika. Da die industrielle Landwirtschaft am Export besonders beteiligt ist, fördert das EU-Mercosur Abkommen vornehmlich diese Art der Landwirtschaft, die für Monokulturen, hohen Dünger- und Pestizideinsatz bekannt ist. Sie trägt auch zur Entvölkerung des ländlichen Raums bei. Leider geht der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Fördermittel der EU immer noch an die industriellen Grossbetriebe. Deshalb sollte die Kritik an weiterer Liberalisierung die Kritik an der industriellen Landwirtschaft miteinschliessen.

Was hat Sie und Ihre Kollegen angetrieben, diesen Input zu schreiben?

Wir haben uns in den letzten Jahren mit den schlechten Arbeitsbedingungen in den globalen landwirtschaftlichen Lieferketten beschäftigt. Eine der Ursachen ist das liberalisierte Handelsregime für Agrarprodukte. So lag die Zusage nahe, als wir von dem grünen Mitglied des europäischen Parlaments, Martin Häusling, gefragt wurden, die möglichen Auswirkungen des EU-Mercosur Abkommens auf die Landwirtschaft in beiden Wirtschaftsräumen zu untersuchen. •

## INPUT-PAPIER

Mercosur-EU-Abkommen: Handel zu Lasten von Umwelt, Klima und Bauern, Ismail Doga Karatepe, Christoph Scherrer und Henrique Tizzot

Prof. Dr. Christoph Scherrer ist Director des International Center for Development and Decent Work an der Universität Kassel





# STOP-PALMÖL IST ERFOLGREICH!

MATHIAS STALDER  
UNITERRE SEKRETÄR

Uniterre und rund 50 Partnerorganisationen haben im Januar 2020 furchtlos das Referendum gegen das EFTA-Freihandelsabkommen mit Indonesien ergriffen. Die über 61'000 Unterschriften haben sie am 22. Juni 2020 erfolgreich bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht und machen sich nun bereit für einen erbitterten Abstimmungskampf.

**DABEI GEHT ES NICHT UM WENIGER ALS EINEN MEILENSTEIN**, lässt das zuständige Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) im Schweizerbauer (3.11.2018) verlauten. Und das erste Referendum gegen ein Freihandelsabkommen in der Geschichte der Schweiz überhaupt. Es ist hierbei erhellend, die Kommentare von Marc Müller, Generaldirektor der Groupe Minoteries SA, der Verband der Grossmüllereien im Jahresbericht 2018 zu lesen. Es existieren 28 plurilaterale Freihandelsabkommen der EFTA-Länder (Norwegen, Schweiz, Island, Lichtenstein) und zwei bilaterale zwischen der Schweiz, China und Japan. Laut Müller ist man geneigt, die Bedeutung dieser Wirtschaftsabkommen für die Schweizer Volkswirtschaft als sehr bedeutend einzuschätzen. Die Einsparungen für Schweizer Unternehmen ausserhalb der EU/EFTA betragen gerade mal CHF 400 Mio. (Quelle SECO), während sie für 233 Milliarden Franken (2017) exportierte. Für Indonesien sind es 35 Millionen Franken Einsparungen, bei einem Exportvolumen von 450 Millionen Franken (2017), bei einer durchschnittlichen Zollbelastung von 8%. Während für Indonesien Zolleinsparungen von 10 Millionen Franken resultieren, dreimal weniger als für die Schweiz.

**MARC MÜLLER FRAGT SICH**, warum Indonesien auf substanzielle Zolleinnahmen verzichtet ohne jemals die Aussicht zu haben, dass die Gegenseite gleichwertige finanzielle Bedingungen einräumt? Ist es ein Prestigeabkommen, um sich auf der Welthandelsbühne reinzuwaschen und sich nebenbei den Löwenanteil der Palmölexporte an die Schweiz zu sichern? Denn für Indonesien ist das Abkommen wirtschaftlich gänzlich uninteressant. Die 30'000 Tonnen Palmöl, die die Schweiz importiert, fallen in Indonesien mit einem Anteil von 0,08% an der Gesamtproduktion nicht ins Gewicht.

**DIE NACHHALTIGKEIT, DIE SIE MEINEN**. Die Palmölmonokulturen bedecken heute schon fast 17 Mio. Hektaren, das ist viermal die Fläche der Schweiz und entspricht fast 10% der Landesfläche von Indonesien. Weitere 1,44 Mio. Hektar Naturwald sind bereits für Plantagenfirmen parzelliert und können jederzeit gerodet werden (Quelle: staatliches Landwirtschaftsinstitut Bogor IPB). Weitere Gesetze und Verordnungen sind in Indonesien in Vorbereitung. Sie werdenden Bergbau und den Kohlabbau, Infrastrukturprojekte, Zellulosegewinnung und Forstwirtschaft weiter vorantreiben, mit verheerenden Folgen für Klima und Umwelt, für die Kleinbäuerinnen, Kleinbauern und Indigenen.

**LUKRATIVES GREENWASHING**. Als Grundlage für den Palmöl-Import in die Schweiz soll nun der RSPO-Standard dienen. Bekannt ist die seit Jahren schwelende Kritik gegen das Label des „Runden Tisches für Nachhaltiges Palmöl“ (RSPO). Initiiert wurde das Label 2004 durch die grossen Palmerzeuger und den WWF. „Greenwashing“, lautet der generelle Vorwurf, auch der schweizerischen Palmöl-Koalition und von hunderten weiteren NGO's. RSPO zählt rund 4000 Mitglieder, darunter Grosskonzerne wie Unilever (u.a. Knorr, Lipton, Magnum), Nestlé, der weltgrösste Verarbeiter und Vertreiber von Palmöl Wilmar und das singapurische Palmölunternehmen Golden Agri Resources (GAR). Zum 17. Jahrestreffen des RSPO kritisieren 15 NGO's das „nachhaltige“ Label in einer Medienmitteilung im November 2019 scharf: „Verstösse gegen den Standard und die Verfahren des RSPO sind nach wie vor systematisch und weit verbreitet, und es gibt kaum Anzeichen dafür, dass die Mitglieder des RSPO die Grundsätze und Kriterien wirklich umsetzen. Im Gegenteil, Forschungen haben keinen signifikanten Unterschied zwischen zertifizierten und nicht zertifizierten Plantagen gezeigt, und auf RSPO-zertifizierten Plantagen wurden wiederholt Brände, Torfandverluste und Verletzungen der Menschen- und Arbeitsrechte aufgedeckt.“

Greenpeace publizierte ebenfalls Anfang November 2019

einen Bericht „Burning down the House“, worin führenden RSPO-Mitglieder wie Unilever, Nestlé und Wilmar vorgeworfen wird, in die verheerenden Waldbrände in Indonesien verwickelt zu sein. Im September 2019 brannten in Indonesien 300'000 Hektar Tropenwald, eine Fläche grösser als das Tessin. Nicht zu vergessen ist die Finanzierung grossflächiger Plantagen durch global agierende Banken, Finanzinstitute und korrupte Eliten.

**IN DIREKTER KONKURRENZ**. Der Schweizerische Bauernverband (SBV), Teil der Palmöl-Koalition, die lange für den Ausschluss des Palmöls aus den Freihandelsabkommen mit Indonesien und Malaysia gekämpft hat, zeigt sich zufrieden mit dem vorliegenden Vertragswerk. So äussert sich Fritz Glauser, Präsident der Getreideproduzenten (SGPV), im Interview gegenüber Referendumskomitee wie folgt: „Diese beinhaltet, dass nur Palmöl, das nachweislich klare Nachhaltigkeitskriterien (soziale und ökologische) erfüllt, zollbegünstigt wird. Dank der Palmöl-Koalition konnte bezüglich Nachhaltigkeit ein Ergebnis erreicht werden, welches alle bisherigen Freihandelsabkommen übertrifft.“

Rudi Berli von der bäuerlichen Gewerkschaft Uniterre entgegnet: „Der reduzierte Zollansatz auf Palmölimporte heizt die Nachfrage zusätzlich an. Hier wird das Ziel, Agrarrohstoffe möglichst ungehindert und zum günstigsten Preis zu beschaffen, umgesetzt. Mit fatalen Folgen für Mensch und Umwelt – einzig zum Nutzen der Agroindustrie.“

Die 12'500 Tonnen Palmöl-Kontingente stehen in direkter und unlauterer Konkurrenz zur einheimischen Ölsaatenproduktion. Ein Preisvergleich: Fr. 2.64.-/kg bei Rapsöl nach Verarbeitung, Sonnenblumenöl Fr. 2.59/kg stehen Fr. 2.51.-/kg (inkl. Zollabgaben) gegenüber. Eine Senkung des Zolles um 35%, wie im Freihandelsabkommen mit Indonesien festgehalten, bedeutet eine Verbilligung um 40 Rappen. In der Schweiz soll die Abhängigkeit von Palmöl nicht weiter forciert werden, denn Raps- und Sonnenblumenöle sowie Butter bieten gesunde Alternativen.

**DIE VERACHTUNG DES LEBENS** Uniterre ist überzeugt, dass die Landwirtschaft von Freihandelsabkommen ausgenommen werden muss. Denn wie der Ökonom Mathias Binswanger in seinem kürzlich erschienen Buch <sup>1</sup> „Mehr Wohlstand durch weniger Agrarfreihandel“ feststellt: „Freihandel bei landwirtschaftlichen Produkten führt zu vielen Verlierern und wenigen Gewinnern.“ Und dies gerade im globalen Süden. Zainal Arifin Fuad, Generalsekretär der bäuerlichen Schwesterorganisation Serikat Petani Indonesia (SPI) schreibt uns: „Die von Bauern und Bäuerinnen produzierten Lebensmittel werden in der Regel agrarökologisch hergestellt und sind gesunde und nahrhafte landwirtschaftliche Produkte. Das wird sich ändern in einem von Konzernen verwalteten Monokultursystem; denn dort werden sie mit Agrochemikalien behandelt. Ganz zu schweigen davon, dass die Verluste der Bauern und Bäuerinnen durch die Einführung von Regelungen wie TRIPs <sup>2</sup> oder UPOV 91 <sup>3</sup> noch verschärft werden. Traditionelle Saatgutssysteme und die Ernährungssouveränität, welche in der bäuerlichen Gemeinschaft gelebt werden, werden dabei völlig ausgehöhlt.“ Heinzpeter Znoj, Professor am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern, forscht seit 30 Jahren zu Indonesien und schreibt in einem Gastkommentar in der NZZ vom 25. Juni 2020 Klartext: „Das von der Schweiz ausgehandelte Freihandelsabkommen bietet keine ausreichende Basis, um Indonesien zum Übergang zu einer solchen nachhaltigen Palmölwirtschaft zu bewegen. Es zementiert vielmehr die bestehende Wertschöpfungskette auf der Grundlage einer menschen- und umweltverachtenden Produktion.“ Die Pandemie der Zerstörung muss gestoppt werden. •

[www.stop-palmoel.ch](http://www.stop-palmoel.ch)

1. Mathias Binswanger, Mehr Wohlstand durch weniger Agrarfreihandel, Picus Verlag, 2020, 120 S., Fr. 21.90
2. Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPs)
3. Internationales Abkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV 91)

# WIDERSPRÜCHLICHE AUSSENPOLITIK

MICHELLE ZUFFEREY  
UNITERRE SEKRETÄRIN

Eine Studie zur Übereinstimmung und Vereinbarkeit der Schweizerischen Aussenpolitik mit der Erklärung über die Rechte der Bäuerinnen und Bauern<sup>1</sup> wurde am 27. August 2020 vorgestellt. Die Studie analysiert die schweizerische Aussenpolitik im Hinblick auf den internationalen Handel, die Handelsabkommen, das geistige Eigentum und das Recht auf Saatgut sowie die internationale Zusammenarbeit. Sie zeigt die Mängel auf und schlägt unserer Regierung konkrete Handlungsoptionen vor.

**FRIENDS OF THE DECLARATION<sup>2</sup>.** Ein Kollektiv der Schweizer Organisationen Friends of the Declaration, bestehend aus Uniterre, Fastenopfer, CETIM, HEKS, FIAN, Brot für alle und SWISSAID, beauftragte zwei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einer Studie zur Schweizer Aussenpolitik und zur konkreten Umsetzung der Deklaration über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen. Die Mitgliedsorganisationen der Friends of the Declaration haben sich während des gesamten Entwurfs- und Konsultationsprozesses beim Menschenrechtsrat in Genf aktiv für die Erklärung eingesetzt. Sie haben in politischer Lobbyarbeit zusammengearbeitet und verfolgen das gleiche Ziel: die vollständige Umsetzung der Erklärung in der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz.

**DIE ROLLE DER SCHWEIZ IN DEN VERHANDLUNGEN.** Die Schweiz spielte während der Verhandlungsphase im UN Prozess eine Schlüsselrolle und arbeitete transparent und konstruktiv mit den Staaten, in der von Bolivien geleiteten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe, sowie mit den Mitglieds- und Partnerorganisationen von La Via Campesina zusammen. Die Schweiz hat auch für die Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen gestimmt. Es ist daher logisch, dass sich unser Land voll und ganz für die Umsetzung der Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen in seiner Aussen- und Innenpolitik einsetzt und dafür sorgt, dass die Artikel der Erklärung in internationalen Foren bekannt sind und in deren Analyse- und Überwachungsinstrumente integriert werden.

**EINIGE SCHLÜSSELELEMENTE<sup>3</sup>.** In der Studie heisst es: Die Landwirt\*innen werden nicht ausreichend in Entscheidungen einbezogen, die sie betreffen. Die Schweiz muss die Beteiligung der Betroffenen in allen Phasen von Entscheidungsprozessen fördern, die sich auf deren Leben, Land und Lebensgrundlagen auswirken können. Diese Beteiligung muss sowohl auf dem Gebiet der Menschenrechte als auch bei der Gestaltung und Umsetzung von Politiken und Programmen in den Bereichen Entwicklung, Ernährung, Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Saatgut und Handel gewährleistet sein. Zu diesem Zweck muss die Schweiz auch die Gründung und Entwicklung von starken und unabhängigen Bauernorganisationen fördern und unterstützen.

**DIE SCHWEIZ SETZT SICH FÜR DIE HANDELSLIBERALISIERUNG EIN.** In diesem Zusammenhang muss sie den Schutz der Bäuerinnen und Bauern und der lokalen Ernährungssysteme in den Ländern gewährleisten, mit denen sie Handelsbeziehungen unterhält. Es gibt Spannungen zwischen geistigen Eigentumsrechten und den Rechten der Bäuerinnen und Bauern auf ihr Saatgut. Die Schweiz muss das Recht auf Nahrung und die Rechte der Bäuerinnen und Bauern in der UNO und in ihrer Aussenpolitik zum geistigen Eigentum klar unterstützen. Die Prioritäten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz werden in den kommenden Jahren auf einem marktorientierten Ansatz und der Einbindung des Privatsektors liegen. (...) Dies lässt befürchten, dass die traditionellen landwirtschaftlichen Methoden und Praktiken der Bäuerinnen und Bauern ignoriert oder sogar untergraben werden. Die Schweiz muss sicherstellen, dass alle ihre Interventionen der internationalen Zusammenarbeit, ob sie nun vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) oder in Partnerschaft mit privaten Unternehmen durchgeführt werden, mit ihren Verpflichtungen gegenüber den Rechten der Bäuerinnen und Bauern übereinstimmen. •

1. Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen und anderer Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten (UNDROP)

2. Freund\*innen der Erklärung

3. Auszug aus dem Forschungsbericht, Die Aussenpolitik der Schweiz und die UNO-Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen

## ANGABEN ZUR STUDIE:

Die Studie (78 S.) ist auf der Website von Uniterre verfügbar (nur auf Französisch). Eine Zusammenfassung der Studie (18 Seiten) kann ebenfalls auf der Website in Französisch, Deutsch und Englisch heruntergeladen werden. [uniterre.ch/fr/thematiques/droits-des-paysannes](http://uniterre.ch/fr/thematiques/droits-des-paysannes)

Diese Studie wurde von Caroline Dommen, Forscherin im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte, und Dr. Christophe Golay, wissenschaftlicher Mitarbeiter und strategischer Berater für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte an der Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte in Genf, verfasst.

## SEILSCHAFTEN

ULRIKE MINKNER  
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Am Freitag, 21. August 2020, stoppte die Wirtschaftskommission des Ständerats (WAK-S) die Agrarreform (AP22) vorläufig. Die Sonntagszeitung vom 23. August 2020 schreibt dazu: „Hinter dem Coup steckt ein Deal zwischen dem Bauernverband (SBV) und Economiesuisse für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.“ Im Gegenzug hat der SBV Economiesuisse versprochen, aktiv gegen die Konzernverantwortungsinitiative anzutreten. Bauernpräsident Ritter bestätigt laut Sonntagszeitung: „Wir schlagen unserer Basis die Nein-Parole vor und wollen dann auch dafür kämpfen. Es braucht eine gute Zusammenarbeit unter den Wirtschaftsverbänden.“

**WAS IST PASSIERT?** Ein klassischer Kuhhandel. Was ist eine „gute Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden“? Meint der Bauernverband wirklich, er könne Economiesuisse an die Zügel nehmen? Meint Ritter, wenn er sich mit den grossen Wirtschaftsverbänden ins Bett legt, könne er sie von ihrer neoliberalen Gangart, quasi vom Galopp in Sachen Freihandel, abbringen? Ich halte das für eine völlige Selbstüberschätzung. Oder hat sich der Bauernverband jemals wirklich gegen Freihandelsabkommen gestellt? Verfolgen beide nicht schon seit jeher eine ähnliche Agenda?

**IN FESSELN GELEGT.** Viele von uns sehen in der Konzernverantwortungsinitiative eine Möglichkeit, die Grosskonzerne mit Hilfe der Stimmbevölkerung in die Schranken zu weisen. Dieser neueste Deal zwischen Bauernpräsident und Economiesuisse ist eine Seilschaft unter hohen Tieren in Chefsesseln, die den Bezug zur Basis verloren haben. Es würde mich nicht wundern, wenn der SBV am Schluss auch noch den Mercosur-Freihandelsvertrag akzeptieren wird, denn schlussendlich hat er sich mit seinem Coup auch selber in Fesseln gelegt.

**DIE KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE** ist für die Schweizer Landwirtschaft und für kommende Generationen ein wichtiger Schritt. Sie bietet die Chance von den Grosskonzernen zu verlangen, dass sie bei ihrer Tätigkeit im Ausland unsere Werte halten und umsetzen. Sie müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen gegenüber den Menschen, der Natur und der Umwelt – überall auf der Welt. Es ist an der Zeit, dass solche Alleingänge von der SBV-Spitze nicht mehr hingenommen werden. •



# NICHT IN UNSEREM NAMEN, BASEL!

INTERVIEW MIT MARIE-LOUISE SCHÄRER

Im Frühling 2018 wurde die Petition „Nicht in unserem Namen, Basel!“ im Rahmen des „March against Syngenta und Bayer“ lanciert. Uniterre hat nachgefragt.

## Was war das Ziel eurer Petition?

Jedes Jahr sterben laut UNO und WTO über 200'000 Menschen an den Folgen von Pestiziden. Das grundlegende Ziel unserer Petition ist, dass Basel endlich Verantwortung übernimmt für die globale Zerstörung, welche Syngenta anrichtet. Dieses Ziel verfolgen wir aber schon lange. Seit 2015 haben wir sechs „March against Syngenta und Monsanto“ (neu „und Bayer“) Demos durchgeführt, jeweils mit rund 2000 Beteiligten. Im Frühling vor 2 Jahren wollten wir dann den Druck auf die parlamentarische Politik nochmals erhöhen.

## KONKRET FORDERN WIR VON DER BASLER REGIERUNG:

1. Die Bereitstellung von 150 Millionen CHF für die notwendige medizinische Behandlung aller Opfer von Syngenta-Giften
2. Die Finanzierung eines agrarökologischen Instituts zur Erforschung nachhaltiger und solidarischer Landwirtschaftsmodelle
3. Die Einstellung aller Sponsorings & Public-Private Partnerships mit Syngenta
4. Die offizielle Unterstützung der Konzernverantwortungsinitiative im Abstimmungskampf sowie die Bereitstellung eines Recherchefonds zu Menschenrechtsverletzungen im Globalen Süden
5. Die Bewilligung von Demonstrationen durch die Innenstadt und eine transparente Offenlegung von Bewilligungsgesuchen

Die Petition wurde mit mehr als 1000 Unterschriften und einem „Die-In“ im Hof des Rathauses am 17. Oktober 2018 übergeben. Auf die Forderung des Grossen Rates wurde daraufhin eine Vertretung Syngentas zu einem Hearing eingeladen. Diese konnte jedoch im Gegensatz zu den Expert\*innen von Public Eye mit ihren Argumenten nicht überzeugen, worauf unsere Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen wurde.

## Jetzt wurde euer Anliegen vom Grossen Rat angenommen, was für ein fantastischer Erfolg! Wie geht es weiter?

Es ist in der Tat ein grosser Schritt für uns. Dies heisst jedoch nicht, dass wir uns nun auf die faule Haut legen können – im Gegenteil! Der Widerstand gegen die kapitalistische industrielle Landwirtschaft ist gerade in dieser Zeit der Pandemie und der auseinanderklaffenden sozialen Ungleichheit wichtiger denn je. In diesem Sinne wollen wir den Druck auf die multinationalen Agrarkonzerne, aber auch auf das Parlament weiter erhöhen und gemeinsam alternative Visionen diskutieren. Am 1. September 2020 veranstalteten wir dazu einen Infoabend zur Kapitalmacht in der Landwirtschaft und der Notwendigkeit von ökologischen und sozialen Alternativen. Dort eröffneten wir auch die Diskussion um unsere Vision eines agrarökologischen Instituts. Und natürlich werden wir es uns nicht nehmen lassen, mit einem weiteren „March against Bayer & Syngenta“ den Widerstand gegen die Agromultis mit farbigem und lautem Protest auf die Strasse zu tragen!

## Eure Hartnäckigkeit zahlt sich aus! Was ist das Ziel des Instituts für Agrarökologie?

Konzerne wie Syngenta sind lediglich Träger der industriellen Landwirtschaft. Was wir brauchen für eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft, ist die komplette Überwindung dieses Systems. Für eine grundlegend nachhaltige Ernährungssouveränität müssen wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Das heisst, es müssen neben ökologischen Faktoren auch soziale Fragen berücksichtigt werden. Mit dem Freien Institut für Agrarökologie wollen wir dementsprechend zu klassischen Untersuchungen, wie sich landwirtschaftliche Methoden unter diversen Umweltbedingungen auf die Ertragsstabilität, Ertragsqualität und auf das jeweilige Ökosystem auswirken, den sozialen Faktor miteinbinden. Im Zentrum sollen dabei angewandte Forschungsfragen

stehen, welche mit Bäuerinnen und Bauern entwickelt und angegangen werden. Ein anderer zentraler Bestandteil des Instituts ist die Bereitstellung von öffentlich zugänglichen Lehrveranstaltungen sowohl auf wissenschaftlicher wie auch auf betriebspraktischer Ebene.

## Welche Rolle hast Du Uniterre und den Bäuerinnen und Bauern zugeordnet?

Wie gesagt, Agrarökologie ist kein technisches Konzept. Man kann nicht Agrarökologie in der Schweiz propagieren und gleichzeitig das Freihandelsabkommen mit Mercosur oder Indonesien vorantreiben! Die grösste soziale Kraft, die international für Ernährungssouveränität kämpft, ist La Via Campesina. Und als lokaler Teil von La Via Campesina wisst Ihr am besten, wie sich dieses Konzept auf die Schweiz anwenden lässt. Klar ist: Für den Umbau zu einer gerechten und nachhaltigen Landwirtschaft braucht es einen vielfältigen und breiten Widerstand. Für diesen bedarf es die Erfahrung und Unterstützung von Bauern und Bäuerinnen, um kräftig am Fundament unseres Systems zu rütteln und die gemeinsamen Visionen Realität werden zu lassen! •

Marie-Louise Schärer, Mediensprecherin von March against Bayer & Syngenta, Doktorierende in Pflanzenwissenschaften an der Universität Basel

## ZAHLEN UND FAKTEN ZUM SPEISEÖL

VANESSA RENFER  
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Obwohl die grossen Verarbeiter auf importiertes Palmöl setzen, ist der Anbau von Pflanzenfetten in der Schweiz gut diversifiziert. Diese Nutzpflanzen sind in der Tat unter allen Gesichtspunkten ein wertvolles Gut: agronomisch, ernährungsphysiologisch, ökologisch und wirtschaftlich. Der Selbstversorgungsgrad mit pflanzlichen Fetten ist in der Schweiz allerdings gering. Jahr für Jahr werden, alle Öle zusammengenommen, 65% bis 80% unseres Bedarfs durch Importe gedeckt. Unter den Herkunftsländern stellen wir fest, dass 57% des Volumens aus der EU stammen, wobei 40% allein auf unsere 4 direkten Nachbarn (FR, DE, AT, IT) entfallen, 17% auf den Rest der EU, 8% auf den Block USA-CAN-NZ-AUS und 33% auf den Rest der Welt. Es ist schwierig, genauere Zahlen zu finden und die Produktionsmethode der Öle ist nicht klar angegeben (abgesehen von der Unterscheidung organisch/nicht-organisch). Insgesamt schwanken die Ölimporte zwischen 110'000 und 120'000 Tonnen.

**DAS AM MEISTEN IMPORTIERTE ÖL IM JAHR 2018** war Sonnenblumenöl mit etwa 37%. Dieser Anteil ist jedoch seit mehreren Jahren rückläufig. Palmöl folgt mit 22%, es folgen Olivenöl (13%) und Raps (10%). Andere Öle (z.B. Kokosnuss, Erdnuss) schliessen die Lücke mit insgesamt 18%. Raps- und Sonnenblumenöl sind die wichtigsten in der Schweiz produzierten Öle. Im Sinne einer Markunterstützung wird der Anbau von Ölsaaten in der Schweiz mit einem Beitrag von 700 Fr./ha unterstützt. Für Soja beträgt die Unterstützung sogar 1000 Franken (auch Flachs und Saflor/Disteln profitieren davon). Für die Ölproduktion ist Soja jedoch zweitrangig, da es hauptsächlich wegen seiner Futterqualitäten angebaut wird. Die Ölsaaten-Produzent\*innen müssen jedoch Berufsbeiträge von 1.12 bis 1.62 Fr./dt entrichten, mit denen verschiedene Organisationen finanziert werden: SEK, Schweizer Granum, Ölsaatenproduzentenpool usw. Diese Marketingausgaben wiegen relativ schwer im Budget der Bäuerinnen und Bauern.

**SEIT 1990 HABEN DIE FLÄCHEN FÜR ÖLSAATEN STARK ZUGENOMMEN**, Raps von 16'000 auf 23'000 ha, Sonnenblumen von 460 auf 5'700 ha und Soja von 1'075 auf 1'900 ha. Gleichzeitig sank der Preis für die Produzent\*innen erheblich. In den Neunzigerjahren garantierte der Bund die Abnahme zu einem Preis zwischen 150 Fr/dt für Raps und 165 Fr/dt für Sonnenblumen. Seither ist der Preis auf rund 75 Fr/dt für Raps und 77 Fr./

dt für Sonnenblumen gesunken. Nach Berechnungen von Uniterre aus dem Jahr 2013 beträgt jedoch der Preis für die Bauernfamilie, der alle Kosten decken und ein angemessenes Gehalt garantieren würde, 180 Fr/dt für Raps und 188 Fr/dt für Sonnenblumen.

Es ist zu beachten, dass der Preis für die Produzent\*innen umgekehrt berechnet wird. Der Ölpreis auf dem Schweizer Markt (der vom Weltmarktpreis abhängt) wird um alle bei der Verarbeitung anfallenden Kosten reduziert. Was übrig bleibt, wird an den Produzent\*innen ausgezahlt. Dieses System ist zerstörerisch. Der Preis eines landwirtschaftlichen Produkts sollte über die Produktionskosten, einschliesslich eines Arbeitslohns von mindestens 28 Fr./pro Stunde, berechnet werden.

**IM JAHR 2019 LIEFERTEN DIE SCHWEIZER PRODUZENT\*INNEN** 67'843 t Raps, 17'700 t Sonnenblumen und 5'350 t Soja. Die zu produzierenden Mengen unterliegen Quoten, die von der Industrie im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Produzent\*innen, Verarbeitern und Händlern festgelegt werden. Theoretisch sollte dies die Aufrechterhaltung eines stabilen Schweizer Preises ermöglichen, aber mehr als alles andere ist es ein vernebelter Balanceakt, da die Schweizer Produktion den Inlandkonsum nicht deckt. Händler und Lebensmittelhersteller wählen Schweizer Produkte, wo immer sie für Swissness werben wollen, und Importprodukte, wenn nur der Preis zählt. Abgesehen vom Preis stehen Ölsaaten auch wegen der Pflanzenschutzmittelproblematik unter Druck, insbesondere der Rapsanbau ist heikel und es gibt nur wenige ökologische Alternativen. Sein Ertrag beträgt nur 20 dt/ha. Trotz des Risikos von Verunkrautung, leisten Eiweisspflanzen oder Getreidesorten einen wichtigen Beitrag in der Fruchtfolge. Wie viel Öl kann aus den verschiedenen Rohstoffen gewonnen werden? Laut den Zahlen aus den Vorjahren werden aus 91'000 t Raps 28'600 t Öl gewonnen, aus 16'500 t Sonnenblumen 5'600 t Öl und 4'800 t Soja werden zu 486 t Sojaöl gepresst.

**BEI DEN IMPORTEN IST ZU BERÜCKSICHTIGEN**, dass Öl in verschiedensten Formen in die Schweiz gelangen kann: als Samen, als Fertigöle und in Produkten wie Margarine, Brotaufstrichen und Fertiggerichten. Im Jahr 2012 wurden zum Beispiel 108'000 t „reines“ Öl und 20'800 t Öl über Fertigprodukte importiert. Die wichtigsten Ölmühlen in der Schweiz sind Florin, Sabo und Nutriswiss. Sie sind auf industrieller Ebene tätig. 1941 gab es allein im Kanton Waadt noch 36 Ölmühlen (damals die Hälfte aller Ölmühlen in der Schweiz). Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich alles. Industrielle Ölmühlen traten allmählich an die Stelle der traditionellen Ölmühlen, und Walnussbäume verschwanden allmählich aus der Agrarlandschaft. Das Interesse an den handwerklichen Ölmühlen erfährt jedoch eine Wiederbelebung. Heute sind im Kanton Waadt noch 6 Ölmühlen (alle handwerklich) in Betrieb, und die Tendenz ist wieder steigend. Insgesamt werden in der Schweiz an die 30 handwerkliche Ölmühlen betrieben, ein erfreulich erwachendes Interesse, das dafür sorgt, dass auch die Bevölkerung von lokalen Produkten von sehr hoher Qualität profitieren kann. Damit entsteht eine diversifizierte und einträgliche bäuerliche Landwirtschaft. Ausserdem fördern die handwerklichen Ölmühlen die Rückkehr fast vergessener Feldfrüchte wie Öllein, Saflor und Leindotter. •

## QUELLEN:

Agrarbericht 2019, Uniterre 2013,  
Getreideproduzentenverband, Swiss Granum,  
SBV, Avenir Suisse, BLW

## VERNISSAGE AUF DEM MÖSCHBERG

**VERNISSAGE DER BIOGRAFIE ÜBER MARIA MÜLLER-BIGLER**,  
Pionierin des organisch-biologischen Landbaus und  
einer revolutionären beziehungsorientierten Bildung  
der Bauertöchter.

Maria Müller setzte sich konkret für das ganzheitliche  
Verständnis der Gesundheit ein, das eng verbunden  
ist mit der Würdigung der Leistung der Bäuerin und  
Frau. Das Buch zeigt das doppelte frauenspezifische  
Anliegen und den Verdienst dieser einzigartigen Frau  
auf, beides heute so aktuell wie damals.

Möschberg oberhalb Grenchhöchstetten,  
10. Oktober, 15.00 Uhr  
bis ca. 18.00 Uhr, inklusive Apéro  
[www.bioforumschweiz.ch](http://www.bioforumschweiz.ch)

# EIN JA FÜR DIE KONZERNVERANTWORTUNGS-INITIATIVE

MICHELLE ZUFFEREY  
SEKRETÄRIN UNITERRE

**A**m 29. November 2020 für die Konzernverantwortungs-Initiative für zu stimmen, bedeutet, für Gerechtigkeit und Gleichheit, für den Respekt für Menschen, Natur und Tiere zu stimmen. Sie ist auch Ausdruck der Solidarität mit der durch die Aktivitäten bestimmter multinationaler Unternehmen verletzten, vergewaltigten, vertriebenen, ermordeten und vergifteten Bevölkerung. Der Grundsatz „Wer auch immer Schaden verursacht, muss die Konsequenzen tragen“ ist für uns alle offensichtlich, und es gibt keinen Grund, warum die multinationalen Unternehmen ihm nicht unterliegen sollten. Die Opfer haben das Recht auf Wiedergutmachung.

**WACHSTUM UND GEWINNE.** Rund 1'500 multinationale Unternehmen haben ihren Hauptsitz in der Schweiz. Einige von ihnen (Glencore, Syngenta, Sogescol, Metalor, Vale, um nur einige zu nennen) machen seit Jahren wegen schwerer Menschenrechts- und Umweltverletzungen Schlagzeilen. Inzwischen zahlen ganze Bevölkerungen den Preis für diese Missbräuche. Multinationale Unternehmen kommen damit durch und überlassen die Verantwortung für den Schaden ihren Tochtergesellschaften. In dieser Welt ausufernder Giganten ist der Wettbewerb hart, und die treibenden Prinzipien sind Wachstum und Profit für Private; soziale und ökologische Kosten für die Gesellschaft! Wenn die Initiative angenommen wird, müssen die multinationalen Konzerne den Bevölkerungen, die Opfer ihrer Handlungen geworden sind, Wiedergutmachung leisten, und dies wird sie dazu ermutigen, Risiken und Missbräuche vorherzusehen, zu verhindern und zu vermeiden, sowie Normen und ein System der internen Kontrolle und gegenüber ihren Tochtergesellschaften einzuführen.

**DIE STAATEN IN DER PFLICHT.** Es ist aufschlussreich, die mangelnde Unterstützung der Schweizer Regierung für diese Initiative festzustellen. In der Tat hat, wie bereits in dieser Zeitung erwähnt, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Vorrang vor allen Gesetzen und Verträgen, und es ist daher die Pflicht eines jeden Staates, für ihre Einhaltung zu sorgen. Andererseits wird in der Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen<sup>1</sup> erwähnt (Art. 2.5), dass „die Staaten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass nichtstaatliche Akteure, die sie in der Lage sind zu regulieren, wie Einzelpersonen und private Organisationen sowie transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen, die Rechte der Bauern und anderer in ländlichen Gebieten arbeitender Personen achten und stärken.“

- Wir würden daher von unserer Regierung erwarten, dass sie einen klaren und verbindlichen Rahmen schafft, um Menschenrechtsverletzungen, Landvernichtung und Landnahme sowie Umweltverschmutzung zu stoppen.
- Ein klares Ja zur Konzernverantwortungs-Initiative wird ein wirksames Mittel sein, um die Regierung für ihre Verpflichtungen zur Rechenschaft zu ziehen.

**LASST UNS GERECHTIGKEIT,** Gleichheit, Respekt und Solidarität globalisieren, anstatt eine Wirtschaft, die auf Versklavung und Zerstörung basiert. •

1. Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern und anderer Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten (UNDROP)

## MÜLLERIN / MÜLLER FÜR GETREIDEMÜHLE RENAN (BE) GESUCHT

Wir suchen eine Person (m/w), welche den Betrieb der Mühle in Eigenverantwortung übernehmen will. Zum Aufgabengebiet gehören: Getreide-Annahme, Reinigung und Trocknung des Getreides, Lagerbewirtschaftung, Verarbeitung, Dokumentation, Rechnungsstellung, Warenausgabe, Unterhalt und Wartung der Gerätschaften, Unterhalt des Gebäudes, Schädlingsbekämpfung. Weitere Infos und Anforderungsprofil unter: [www.ccbio.ch](http://www.ccbio.ch)

Wir freuen uns auf deine Bewerbung:  
[info@ccbio.ch](mailto:info@ccbio.ch), CCBio, Grand-Rue 22, 2616 Renan BE,



## DIE ERDE MUSS LOCKER BLEIBEN

MATHIAS STALDER  
SEKRETÄR UNITERRE

Innovation steht an vorderster Stelle und wie Stefan Brunner, Bauer auf dem Eichhof in Spinse (BE) sagt, auch eine gute Portion Narrenfreiheit. Den Betrieb von seinem Vater übernahm er 2010, stellte auf Bio um und setzt stark auf Direktvermarktung. Als Restgeldempfänger wie sein Vater wollte er nicht wirtschaften. Und der Hof entwickelt sich weiter: Regenerative Landwirtschaft, Permakultur, alte Sorten von Pro Specie Rara, vielfältiges Getreide von Quinoa, Soja über Leinsamen und Amaranth und ein Gemüseabonnement, das durch Covid-19 sprunghaft an Kund\*innen gewonnen hat. Stefan und Lorena Brunner mit ihren vier Kindern setzen auf eine zukunftsfähige Landwirtschaft, führen mit der Lohnjäterei, mit in Spitzenzeiten 85 Angestellten, einen Grossbetrieb und beschreiten neue Wege, nicht nur bei den Kulturen, sondern auch beim Boden. Locker muss er bleiben, möglichst wenig bearbeiten, Mulchen und damit Nährstoffe hinzufügen. Die Sektion Bern lud zur Feldbegehung am Mittwoch, 19. August 2020 ein. Knapp 20 Mitglieder und Interessierte folgten dem Aufruf und verbrachten lehrreiche Momente, spannende Diskussionen auf dem Hof. Herzlichen Dank nochmals an die Familie Brunner für die tolle Gastfreundschaft! •

## AUFRUF ZUR MITARBEIT!

Die letzten Wochen und Monate haben wir auf verschiedenen Ebenen Kritik und Lösungsvorschläge vorgebracht: Z.b. zum Milchmarkt, zur Deklassierung des Getreides und zu den Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Im Verbund mit der Klima- und der sozialen Krise steht die Landwirtschaft vor immensen Herausforderungen. Im Wissen, dass ihr auf dem Feld und im Stall genügend Arbeit habt, allenfalls im Nebenerwerb arbeitet und mit Familie und Kindern vollauf ausgelastet seid, braucht es auch dein Engagement für eine zukunftsfähige Landwirtschaft: Für unsere Kampagnenarbeit für das Referendum Stop Palmöl, in der Arbeitsgruppe Agrarökologie, in der Kommunikation und Milch- oder Frauenkommission. Nimm mit uns Kontakt auf, wir freuen uns auf deine Ideen und Unterstützung! Mathias Stalder, [m.stalder@uniterre.ch](mailto:m.stalder@uniterre.ch) / Tel. 076 409 72 06. •



HIER FINDEN SIE ALLE AKTUELLEN VERKAUFSSTELLEN.

[www.faireswiss.ch](http://www.faireswiss.ch)

## AGENDA

### Oltener Treffen

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 19.30 Uhr  
Bioland Olten

### Buchvorstellung Vernissage

Samstag, 10. Oktober 2020, 15.00 Uhr  
Möschberg oberhalb Grosshöchstetten,  
Biografie über Maria Müller-Bigler.  
Siehe auch S.7 unten rechts.

### Welternährungstag: Bauernrechte in den Mühlen der Wertschöpfungsketten

Freitag, 16. Oktober 2020, 9.30 - 16.30 Uhr  
Eventforum, Fabrikstrasse 12, Bern

Die UN Deklaration für die Rechte der Bäuerinnen, Bauern und ruralen Bevölkerung UNDROP steht 2020 im Zentrum der Tagung zum Welternährungstag. Sie ebnet den Weg für ein nachhaltiges, resilientes und soziales Nahrungsmittelsystem. [www.welternahrungstag.ch](http://www.welternahrungstag.ch)

### Besuch der Lebensmittelkooperative Rampe 21

Mittwoch, 21. Oktober 2020, 19.30 Uhr  
Ausstellungsstrasse 21, Zürich  
Mit Dominik Waser von Landwirtschaft mit Zukunft, Janina Finger (Rampe 21), Mathias Stalder Uniterre)

## KONTAKTE SEKTIONEN

**Zürich** Mathias Stalder 079 409 72 06

**BS/BL** Florian Buchwalder 079 470 70 48

**Bern** Daniel Flühmann 078 845 48 99

**Aargau** Georg Dällenbach 078 645 15 59

**Luzern** Markus Müller 079 216 40 30

**Tessin** Noëmi Lerch 079 339 82 07

**Graubünden** Kesang Schneider 076 522 71 06

**Deutschschweiz** Mathias Stalder 079 409 72 06

## IMPRESSUM

### Sekretariat/ Werbung

Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,  
021 601 74 67 [www.uniterre.ch](http://www.uniterre.ch) [info@uniterre.ch](mailto:info@uniterre.ch)

### Verantwortlich für die Zeitung

Ulrike Minkner, [u.minkner@uniterre.ch](mailto:u.minkner@uniterre.ch)  
Berthe Darras, [b.darras@uniterre.ch](mailto:b.darras@uniterre.ch)

### Verwaltung Mitgliederdatei

Claude Mudry, 079 365 76 10, [c.mudry@uniterre.ch](mailto:c.mudry@uniterre.ch)

### Übersetzung

Stefanie Schenk  
Andrea Maltitz  
Michael Huber  
Büro Uniterre

### Fotos

Archiv Kurt Graf	1,2,6
Eric Roset	4,5
Mathias Stalder	8

### Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs  
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26  
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.